

deutschen Imperialismus noch nicht ausreichen, mit der „Politik der Stärke“ die bestehenden Grenzen zu revidieren und die DDR zu annektieren. Deshalb haben sie sich — um zunächst einmal Zeit zu gewinnen und der immer fühlbarer gewordenen Isolierung zu entgehen — zu Umwegen entschlossen, welche die Variante einschließen könnten, eine Zeitlang mit der Revanchepolitik etwas auf der Stelle zu treten. Kernstück dieser beweglicheren Politik ist allerdings das Beharren auf dem Revancheziel wie auf der Alleinvertretungsmaßnahme. Kein einziges Element der Expansionspolitik wird aufgegeben. Je mehr Bonn genötigt ist, Umgehungsmanöver zu machen, um so hartnäckiger und oftmals hysterischer betonen die Vertreter der Regierung Kiesinger/Strauß ihre Alleinvertretungsmaßnahme, ihre Weigerung, die bestehenden Grenzen und die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges anzuerkennen.

Ich darf daran erinnern, daß kurz nach der Bildung der Regierung Erhard auch dieser westdeutsche Bundeskanzler Erklärungen in ähnlichem Stile abgegeben und eine neue Politik verkündet hatte. Die Fäden, die damals im ersten Jahre der Regierung Erhard mit Verbindungsleuten von unserer Seite geknüpft wurden, waren weitergehend als das, was gegenwärtig in der ganzen neuen Ostpolitik der jetzigen Regierung Kiesinger/Strauß enthalten ist. Also, so ganz neu ist das, was von Bonn herübertönt, nicht. Nur wurde Herr Erhard, als er diesen Versuch unternommen hatte, von Strauß, dem Baron von Guttenberg und allen rechten Elementen der CDU/CSU unter Beschuß genommen und machte dann eine Rechtsschwenkung durch. Herr Kiesinger beginnt gleich mit dem Rechtskurs, aber er tarnt ihn mit schönen Worten über eine neue Politik. Herr Erhard hat also nicht ganz unrecht, wenn er sagt, so ganz neu sei das nicht. Das kennt er auch schon aus seiner Praxis.

Unter Adenauer und Erhard wurden die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder noch offen *Todfeinde* genannt. Und Herr Strauß — als er noch Kriegsminister war — rühmte die angebliche Fähigkeit der USA, die Sowjetunion von der Landkarte auszuradiieren. Solche Töne finden wir gegenwärtig wohl noch in westdeutschen Zeitungen. Aber wir hören sie gegenwärtig von den offiziellen Regierungsvertretern kaum noch. Sie haben auf Beweglichkeit und äußere Höflichkeit umgeschaltet. Sie sprechen von Freundschaft und Entspannung und dem Wunsch nach Verständigung, wobei jeder der Partner auf seinen Ansichten und Vorstellungen verharren solle. Hier ist der Pferdefuß. Denn da die sozialistischen Länder einschließlich der DDR keinen Anspruch auf westdeutsche